

# **Einlösen, was das BGE verspricht: Perspektive *Care-Gesellschaft***

*Beat Ringger*

Das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens wirkt als Auffangbecken für die unterschiedlichsten Wünsche nach einer umfassenden Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es vermittelt Vorstellungen einer konkreten Utopie der Befreiung aus entfremdeter Erwerbsarbeit, aus den Hamsterrädern der Ich-Verwertung, aus der grenzenlosen Beschleunigung der Lebensverhältnisse und aus der (kapitalistischen) Wachstumslogik. Entsprechend ist gerade auch in linken Kreisen die Anziehungskraft des BGE ungebrochen. In der deutschen Partei DIE LINKE etwa arbeitet ein ›Bundesarbeitskreis Grundeinkommen‹ seit Jahren beharrlich am Thema und will erreichen, dass ein BGE in das Kernprogramm der Partei aufgenommen wird.

## **BGE statt 25-h-Woche und Sozialismus?**

Diese Attraktivität des BGE kann allerdings nur passend eingeordnet werden auf dem Hintergrund von zwei gesellschaftspolitischen Leerstellen, die in den letzten dreissig Jahren entstanden sind. Die erste Leerstelle betrifft die Frage der (Erwerbs-)Arbeitszeitverkürzung beziehungsweise die Tatsache, dass Arbeitszeitverkürzungen in den letzten 15 Jahren aus Abschied und Traktanden gefallen sind. Dabei war die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit im 20. Jahrhundert ein eigentliches Jahrhundertthema. Die Erwerbsarbeitszeit wurde im Schnitt in diesem Zeitraum auf die Hälfte reduziert. Sie war immer wieder Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Gegenentwürfe, ähnlich wie heute das BGE. So diente in den 1970er und 1980er-Jahren die 25-h-Woche als Chiffre für eine Gesellschaft, in der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit neu verteilt, die reale Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht und die Gestaltbarkeit der eigenen Biographie erheblich

gestärkt wird. Auf dem Höhepunkt der Bewegungen für eine radiale Arbeitszeitverkürzung konnte die deutsche IG Metall die 35-h-Woche durchsetzen, und in den VW-Werken wurde die wöchentliche Arbeitszeit gar für etliche Jahre auf 28 Stunden gesenkt, was die Forderung nach einer 25-h-Woche in den Bereich des Möglichen rückte. Der Siegeszug des Neoliberalismus und die massive Verschärfung der globalen Standortkonkurrenz haben dann allerdings den Trend zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten gestoppt. Die flächendeckende Einführung der 35-h-Woche in Frankreich im Jahr 2000 blieb isoliert und markierte damit das vorläufige Ende einer Periode, in der Arbeitszeitverkürzungen zum Kanon des Fortschritts gehörten.

Die zweite Leerstelle betrifft die Utopie des Sozialismus. Das Scheitern verschiedener Versuche, wenig entwickelte Länder direkt in den Sozialismus zu transformieren und insbesondere die Degeneration der russischen Revolution im Stalinismus führte zu einer Diskreditierung des Sozialismus und generell aller postkapitalistischen Gesellschaftsentwürfe. Als schliesslich die ›realsozialistischen‹ Länder nach dem Mauerfall von 1989 kollabierten, schien der Sozialismus endgültig auf dem ›Müllhaufen der Geschichte‹ zu landen. Auch wenn inzwischen wieder alternative Gesellschaftsentwürfe debattiert werden und solche Debatten in Lateinamerika auch die politische Praxis beeinflussen, bleibt die Leerstelle weitgehend bestehen: Es fehlt ein für breite Bevölkerungskreise attraktives und glaubwürdiges gesamtgesellschaftliches Konzept zur Überwindung des Kapitalismus.

In diesem doppelten Vakuum ist die Realutopie BGE für viele Leute ein Anker, um überhaupt wieder auf das gesellschaftliche Ganze zielen zu können. Ein BGE würde – so die Hoffnung – einen Transformationsprozess auslösen, in dem sich die Gesellschaft quasi spontan von Grund auf ändert, weil Angst und Zwang massiv zurückgebunden würden. So postuliert das Basic Income Earth Network BIEN Schweiz auf ihrer Site: »Das Grundeinkommen schafft neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, ver-

ändert von Grund auf die Gesellschaft und stellt eine neue Basis für die Lösung der Umweltprobleme her«<sup>1</sup>.

Im Gegensatz zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen und nach einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus kann das BGE allerdings in alle Richtungen gezogen und insbesondere auch in ein neoliberales Konzept eingebettet werden. Das BGE droht dabei zu einer Art Ablassprämie für all jene zu verkommen, die für das Kapital nicht mehr verwertbar sind. Die Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care-Ökonomie des Denknetz legt deshalb Vorschläge vor, wie das emanzipatorische Potential eines BGE konkret aufgenommen und gesichert werden kann: Mit der bedingungslosen Grundsicherung im Rahmen der AEV, mit einem bedingungslosen Sabbatical für Alle, mit der Einführung eines Elternurlaubs, mit dem Ausbau des Stipendienwesens und mit der Sicherung des freien Zugangs zu guten öffentlichen Diensten und Infrastrukturen für alle. Diese fünf Bausteine bilden das ›Mosaik-BGE‹. Die Einführung eines solchen Mosaik-BGE würde zweifellos die Lebensumstände der breiten Bevölkerung erheblich verbessern. Doch der Ansatz ist fragmentiert, während das umfassende BGE auf einen radikalen gesellschaftlichen Umbau abzielt und gerade deshalb für viele Leute attraktiv ist. Jedenfalls muss die Popularität des BGE eben gerade auch gelesen werden als Hinweis darauf, wie dringend gesamtgesellschaftliche Entwürfe erforderlich sind, die dem entfesselten Kapitalismus eine glaubwürdige Alternative entgegensetzen.

Im Jahr 2010 hat die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care-Ökonomie einen Versuch unternommen, eine solche Alternative unter dem Begriff der Care-Gesellschaft<sup>2</sup> zu artikulieren. Dabei wird der Begriff Care doppelt verwendet: Einerseits im Sinne der Care-Arbeit, die aus ihrer Unsichtbarkeit befreit und ins Zentrum des gesellschaftlichen Kraftfeldes gerückt wird. Bischel/Domeniconi führen dies in ihrem Text ›Der Mensch lebt nicht vom Geld allein‹ (siehe S. 82) genauer aus. Andererseits als Paradigma des Sorgens und Sorge-Tragens, das sich auf

alle Bereiche der Gesellschaft erstreckt und beispielsweise einen sorgsamem Umfang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen mit einschliesst.

### **Die Vision einer Care-Gesellschaft**

Wir geben im Folgenden die damaligen bislang unpublizierten Formulierungen der Denknetz-Fachgruppe unverändert wieder.

*» Wir stehen an einer wichtigen gesellschaftspolitischen Schwelle. Diesseits der Schwelle befindet sich eine auf die Erzielung von Gewinnen und auf die Vermarktung von Gütern ausgerichtete Gesellschaft. Jenseits der Schwelle befindet sich eine Gesellschaft, in der die Dienste am Menschen und die Sorgfalt im Umgang mit der Natur im Zentrum stehen.*

*Der Schritt über diese Schwelle ist eine Notwendigkeit, weil die alte Ordnung immer mehr Schäden verursacht. Zunehmend gilt: Die Gewinne von heute sind die Spekulationsblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen. Trotzdem wird immer mehr Reichtum in die Finanzmärkte gepumpt. Dort jedoch, wo die Gelder dringend benötigt werden, fehlen sie: Zur Stärkung der Care Arbeit, für den ökosozialen Umbau, für öffentliche Dienste, für die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten.*

*Der Schritt über diese Schwelle ist eine Voraussetzung dafür, die Armut in der Welt beseitigen zu können, ohne die Lebensräume zu zerstören. Die Bevölkerungen in den armen Ländern brauchen ausreichend Güter des täglichen Bedarfs, öffentliche Dienste und Infrastrukturen. Umweltschonende Technologien, optimale Wiederverwendbarkeit der Materialien, Mobilitätskonzepte jenseits des Autowahns und ein Wirtschaften, das nicht auf maximale kurzfristige Rendite ausgerichtet ist sorgen dafür, dass dabei die umweltbelastenden Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in den Ländern des Südens nicht wiederholt werden.*

*Der Schritt über diese Schwelle ist nötig, um die Care Arbeit von ihren Fesseln zu befreien. Die private Care-Arbeit – die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen, die Sorge für persönliche Bindungen und Beziehungen – leidet darunter, dass sie in einer gewinnorientierten Gesellschaft ökonomisch gering geschätzt wird. Sie ist von grossen Ungleichheiten geprägt und in ihr werden Ungleichheiten von einer Generation auf die nächste übertragen. Die öffentliche Care-Arbeit im Gesundheitswesen, in Kindertagesstätten und in andern sozialen Einrichtungen wird unter Spardruck gesetzt, weil sie scheinbar nur Kosten verursacht statt rentabel zu sein. Doch gerade in der Förderung und der Weiterentwicklung der Care Arbeit liegt das entscheidende Potential dafür, den gesellschaftlichen Wohlstand nachhaltig mehr zu können.*

*Die industrielle Fertigung ist heute hoch rationalisiert, industrielle Produkte können in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. Die dadurch frei werdenden Ressourcen müssen der Care-Ökonomie, der Bildung, der Kulturförderung, dem Umweltschutz und der nachholenden Entwicklung in den armen Ländern zukommen. Doch gerade an diesen Verlagerungen ist das Kapital nur sehr beschränkt interessiert. Dies führt zu einer grundlegenden Paradoxie: Die globalisierte Ökonomie wird zwar immer reicher und produktiver. Doch dabei nimmt die soziale Ungleichheit zu, und es fehlen scheinbar die Mittel, um die grosse Mehrheit der Menschen wohlhabender und freier zu machen. Deshalb müssen jetzt die finanziellen Ressourcen von den Finanzmärkten abgezogen und dem Aufbau einer Care Gesellschaft verfügbar gemacht werden. Die Steuern auf Gewinne (insbesondere aus den Finanzgeschäften), Boni und grosse Erbschaften müssen entsprechend deutlich erhöht werden.*

*Anständige Mindestlöhne und eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sorgen für mehr Gerechtigkeit und mehr Zeit für private Care-Arbeit - für Männer und für*

*Frauen. Sie stärken die gleichberechtigte Integration von MigrantInnen und bekämpfen die Tendenz, Care Arbeit auf schlecht bezahlte und prekär beschäftigte Hausangestellte abzuwälzen. Die Vermarktung und Privatisierung öffentlicher Dienste muss gestoppt werden. Systemkritische Finanzdienste wie zum Beispiel der Zahlungsverkehr sollen in einen Service public überführt werden. Wir brauchen die Demokratisierung der Wirtschaft statt der Vermarktung der Politik, die Regulierung der Finanzmärkte statt des Diktats der Grossbanken. Wir brauchen eine Politik, die uns über die Schwelle zu einer Gesellschaft der Sorge und der Umsicht, zu einer Care Gesellschaft führt.»*

### **Care-Revolution**

Diese Ausführungen sind heute noch genau so aktuell wie 2010. Inzwischen ist von Gabriele Winker ein weiterer Begriff in die Diskussion eingeführt worden, der ebenfalls auf das gesellschaftliche Ganze zielt: Der Begriff der Care-Revolution. Ziel der Care-Revolution ist laut Winker eine »an menschlichen Bedürfnissen, insbesondere an der Sorge füreinander, orientierte, radikal demokratische Gesellschaft« (Winker 2015, S.143), die sie als »solidarische Gesellschaft« bezeichnet und die weitgehend mit dem übereinstimmt, was die Denknetz-Fachgruppe als Care-Gesellschaft bezeichnet. Entsprechend können die Begriffe Care-Revolution und Care-Gesellschaft als komplementär verstanden werden: Der erste Begriff legt den Akzent auf den Prozess, der zweite auf das Ziel. Winker geht davon aus, dass soziale und politische Bewegungen im Care-Bereich eine zentrale Rolle spielen müssen für einen gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung einer solidarischen oder eben einer Care-Gesellschaft. Sie stellt jedoch auch Fragen, die deutlich über einen reinen Care-Ansatz hinausgehen und spricht davon, dass die Produktionsmittel generell vergesellschaftet werden müssen, um den Kapitalismus überwinden zu können.

Beim BGE hingegen handelt es sich um einen Vorschlag, der seine Wirkung vollständig über die Individuen entfaltet.

tet. Gerade dann, wenn das BGE als Schlüssel zu einer gesellschaftlichen Transformation verstanden werden soll, wird dies zu einer Falle. Manche BGE-BefürworterInnen vertrauen darauf, dass die Befreiung vom Zwang zur Erwerbsarbeit die Menschen so radikal verändert, dass sämtliche gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und Organisationen ebenfalls umgekrempelt würden. Allerdings scheitert eine solche BGE-Vision bereits daran, dass die kapitalistischen Eliten es nicht dulden werden, dass die ›Arbeitsbereitschaft‹ (genannt ›Eigenverantwortung‹) des auf den Arbeitsmärkten nachgefragten Personals beeinträchtigt wird. Denn der Kapitalismus beruht im Kern auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Es wäre reichlich naiv zu meinen, man könne die Macht des Kapitals mit einem BGE quasi überlisten. Deshalb wird es nicht gelingen, innerhalb kapitalistischer Verhältnisse ein BGE zu etablieren, das die Menschen ernsthaft vom Zwang befreit, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Und selbst wenn es gelänge ein BGE einzurichten, braucht es nicht viel Fantasie, um sich die Vehemenz vorzustellen, mit welcher bürgerliche Kräfte ein solches BGE deutlich unter das Niveau prekärer Löhne drücken würden, etwa mit der Drohkulisse des Niedergangs im globalen Standortwettbewerb. Man muss sich nur vor Augen führen, mit welcher Verve die bürgerliche Rechte gegen ›Sozialschmarrotzertum‹, ›soziale Hängematten‹ und ›Scheininvalidität‹ ins Feld zieht und dabei immer wieder betont, dass sich »Arbeit lohnen müsse« – wobei nie gemeint ist, Mindestlöhne festzulegen oder anzuheben, sondern immer gemeint ist, die Sozialhilfeleistungen nach unten zu drücken. Im Kapitalismus wird ein BGE also nie über ein Niveau hinausgehen, das die ›Anreize‹ zur Erwerbsarbeit ernsthaft konkurriert – und zwar eben gerade auch im Bereich prekärer Erwerbsarbeit und in den Tieflohnsegmenten nicht.

Aber auch abgesehen von dieser Frage gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist es bedeutsam, ob gesellschaftliche Alternativen vor allem vom Individuum aus gedacht werden oder ob sie die Frage einschliessen, wie diese Indivi-

duen kooperieren, um gesellschaftliche Verhältnisse nach solidarischen, ökologischen und emanzipativen Kriterien zu gestalten. Das Konzept der Care-Gesellschaft kombiniert diese beiden Sichten, während das BGE im individuellen Ansatz stecken zu bleiben droht. So ist für das Konzept der Care-Gesellschaft der bedingungslose Zugang zu guten, kollektiv getragenen und öffentlichen Care-Diensten ein Schlüsselement, ebenso wie eine markante Senkung der Erwerbsarbeitszeiten oder ein Elternurlaub auf der individuellen Ebene. Erst diese Kombination kollektiver Institutionen mit individuellen Freiheiten schafft die Voraussetzungen dafür, dass Care-Beziehungen bestmögliche Qualität erreichen und für die Gesamtheit der Bevölkerung verfügbar sind<sup>3</sup>.

Last but not least sitzen manche BGE-BefürworterInnen dem Gerede vom ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹ auf. Nichts könnte falscher sein als die Aussage, wir würden in einer Arbeitsgesellschaft leben – eben gerade nicht (Ringger, 2013). Der Dreh- und Angelpunkt des Kapitalismus ist die Kapitalverwertung, nicht die Arbeit. Ihr wird die Arbeit direkt (Erwerbsarbeit) oder indirekt (private Care-Arbeit, die möglichst billig sein muss) untergeordnet. Es muss gerade das Ziel sein, endlich eine Gesellschaft aufzubauen, in der sich ›alles‹ um die Arbeit dreht: Um eine für die Beschäftigten förderliche Ausgestaltung der Arbeitsprozesse, um die demokratische Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Produkte und auf die Investitionsentscheide, um die gerechte Verteilung der Früchte der Arbeit. Falsch ist auch die Vorstellung, der Gesellschaft gehe die Erwerbsarbeit aus. Wahr ist, dass dank der enormen Steigerungen der Arbeitsproduktivität das Volumen der Arbeit abnimmt, das für die Fertigung von Gütern und Sachdienstleistungen nötig ist (gerade auch deshalb muss die Senkung der Erwerbsarbeitszeiten wieder auf die gesellschaftliche Agenda gelangen). Professionelle personenbezogene Arbeit (Medizin, Sorge-Arbeit, Bildung, Kultur, Persönlichkeitsentwicklung etc) hingegen nimmt zu, und die nicht bezahlte Care-Arbeit muss endlich frei und ge-



recht zwischen Frauen und Männern verteilt werden. Eine BGE-Variante, die sich wie eine Herdprämie auswirken würde, wäre in dieser Hinsicht fatal: Frauen würden sich wieder vermehrt um Haushalt und Kinderbetreuung kümmern, die (besser verdienenden) Männer erwerbstätig bleiben. Aus ökonomischer Sicht wäre dies für die Haushalte rational, weil sie so das höchstmögliche Einkommen erzielen. Für die Frauen wäre dies allerdings ein erheblicher Rückschritt, würden sie damit wieder verstärkt von den Prozessen der Erwerbsarbeit und den damit verbundenen Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten abgekoppelt.

### **Fazit**

Wird das BGE als Kristallisationspunkt einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation verstanden, dann mag dies die Fantasie vieler Menschen beflügeln – angesichts der verbreiteten Perspektivlosigkeit in den gesellschaftlichen Debatten ein durchaus wünschenswerter Effekt. Sobald allerdings ein BGE konkret auf den Weg gebracht werden soll, ist Sorgfalt geboten. Die Gefahr ist enorm, dass dabei das Pferd am Schwanz aufgezümt wird und sich die fortschrittlichen BGE-Ambitionen ins Gegenteil kehren. Für konkrete Realisierungsschritte schlägt das Denknetz deshalb die Bausteine eines Mosaik-BGE vor: Die bedingungslose Grundsicherung im Rahmen der AEV, ein bedingungsloses Sabbatical für alle, ein ernst zu nehmender Elternurlaub, ein deutlicher Ausbau des Stipendienwesens und die Sicherung des freien Zugangs zu guten öffentlichen Diensten für alle. Der Entwurf einer Care-Gesellschaft wiederum nimmt die drängende Notwendigkeit auf, gesamtgesellschaftliche Perspektiven ins Spiel zu bringen, mit denen die zerstörerische Wucht des neoliberal entfesselten Kapitalismus überwunden werden kann. Wir sind uns dabei natürlich bewusst, dass es nicht ausreicht, schöne Konzepte zu entwerfen; erst in Verbindung mit breiten sozialen und ökologischen Bewegungen und mit einer erneuerten Linken, die sich aus ihren Verstrickungen

mit den herrschenden Verhältnissen löst, werden solche Konzepte die nötige Wirkmacht gewinnen. Trotzdem ist es nicht unerheblich, an welchen Konzepten gearbeitet wird: Solche, die die aktive, kollektive Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Betroffenen ins Zentrum stellen und die die Lebenssituation der Individuen in einem solchen Kontext verordnen, oder solche, die alleine von der individuellen Ebene ausgehen. Letztere könnten in fataler Weise zum Kern neoliberaler Ideologie passen, wonach es nur Individuen und Märkte gibt – keine Gesellschaft.

## Fussnoten

- 1 <http://bien.ch/de/node/14>, gelesen am 29.7.15
- 2 Der Begriff der Care-Gesellschaft wurde unseres Wissens in öffentlichen Diskursen bislang nur ein einziges Mal verwendet. In Frankreich kam es 2009 zu einer – allerdings kurzlebigen – Debatte, bei der der Begriff im Sinne einer Wiederbelebung privater Care-Netzwerke als Alternative zu den öffentlichen Dienste verwendet worden ist. Doch dieses Verständnis konnte sich nicht etablieren; deshalb ist es weiterhin möglich und sinnvoll, die Definitionsmacht über den Begriff der Care-Gesellschaft anzustreben.
- 3 Erfreulicherweise lanciert die grösste deutsche Gewerkschaft, die IG Metall, gegenwärtig die Idee einer 30-Stunden-Woche als Grundlage dafür, Erwerb und Familie ernsthaft vereinbaren zu können (Die Welt, 27.1.2014). Die Leerstelle ›Arbeitszeitverkürzung‹ beginnt sich also möglicherweise wieder zu füllen.

## Literatur

- Denknetz-Jahrbuch 2013. Care statt Crash. edition 8, Zürich
- Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care-Ökonomie 2010. Eine wichtige Schwelle: Diskussionspapier zur Frage der Care-Gesellschaft. Zürich. Bislang noch nicht publizierter Text, im Artikel in der Originalversion zitiert.
- IG-Metall fordert für Familien 30-Stunden-Woche. In: Die Welt, 27.1.2014
- <http://www.welt.de/wirtschaft/article124237668/IG-Metall-fordert-fuer-Familien-30-Stunden-Woche.html>
- Beat Ringger, 2013. Die Sonne der Arbeit. In: Ruth Gurny/Ueli Tecklenburg (Hrsg). Arbeit ohne Knechtschaft. edition 8, Zürich
- Gabriele Winker, 2015. Care Revolution. Transcript Verlag, Bielefeld